

Greta Thunberg wegen Unterstützung für Gefangene von „Palestine Action“ von britischer Polizei festgenommen

Palestine Chronicle, 23.12.25

Der Protest fand vor dem Hintergrund zunehmender Kritik an der Regierung wegen der Situation von sechs Gefangenen statt, die mit der verbotenen Gruppe *Palestine Action* in Verbindung stehen und seit November im Hungerstreik sind.

Die schwedische Aktivistin Greta Thunberg wurde am Dienstag unter Berufung auf das britische Terrorismusgesetz bei einer Demonstration in London zur Unterstützung von Aktivisten der Organisation *Palestine Action* festgenommen, die sich im Hungerstreik befinden.

In einem Kommentar zu dem Video von Thunbergs Verhaftung warf die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, der britischen Regierung vor, den israelischen Völkermord in Gaza zu vertuschen.

In einem in den sozialen Medien geteilten Video ist die 22-jährige Aktivistin zu sehen, wie sie vor ihrer Festnahme ein Plakat mit der Aufschrift „Ich unterstütze die Gefangenen von *Palestine Action*. Ich bin gegen Völkermord“ hochhält.

Die Festnahme ereignete sich vor den Büros von Aspen Insurance, einem Unternehmen, das Berichten zufolge Dienstleistungen für den israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems erbringt.

„Festnahme wegen Zurschaustellung eines Gegenstands“

Thunberg „wurde wegen Zurschaustellung eines Gegenstands (in diesem Fall eines Plakats) zur Unterstützung einer verbotenen Organisation (hier *Palestine Action*) entgegen Abschnitt 13 des Terrorismus Act 2000 festgenommen“, erklärte die Londoner Stadtpolizei in einer Stellungnahme auf X.

Zwei weitere Personen wurden ebenfalls festgenommen, hier „wegen Verdachts auf Sachbeschädigung“, nachdem „mit Hämmern und roter Farbe ein Gebäude in der Fenchurch Street beschädigt worden war“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die Demonstranten hatten laut der Nachrichtenagentur *Anadolu* vor ihrer Festnahme rote Farbe auf die Fassade des Gebäudes gesprüht.

Hungerstreikende ins Krankenhaus eingeliefert

Der Protest fand vor dem Hintergrund zunehmender Kritik an der Regierung wegen der Situation von sechs Gefangenen statt, die mit der verbotenen Gruppe *Palestine Action* in Verbindung stehen und seit November im Hungerstreik sind.

Zwei der Hungerstreikenden wurden ins Krankenhaus eingeliefert, was die Befürchtungen verstärkt, dass diese Aktion tödlich enden könnte. Das hat Abgeordnete und Anwälte dazu veranlasst, Bedenken wegen der Gesundheitsversorgung in Gefängnissen und der Untätigkeit der Regierung zu äußern.

Aufruf an die Gefängnisaufsicht

Jeremy Corbyn, einer von mehreren Abgeordneten, die ein Eingreifen der Regierung fordern, hat den Chefinspektor der Gefängnisse, Charlie Taylor, aufgefordert einzugreifen, da der Druck wegen des Zustands der Gefangenen wächst.

Corbyn sagte am X: „Wir sind alarmiert über den sich verschlechternden Gesundheitszustand der Hungerstreikenden – sowie über das Versäumnis der Regierung, auf unsere Bedenken einzugehen. Wir haben uns wegen ihrer medizinischen Behandlung direkt an die Gefängnis-aufsichtsbehörde gewandt. Dies ist ein Notfall. Es muss jetzt dringend gehandelt werden.“

Zwei der Hungerstreikenden wurden ins Krankenhaus eingeliefert, was die Befürchtungen verstärkt, dass der Streik tödlich enden könnte. Dies hat Abgeordnete und Anwälte dazu veranlasst, Bedenken hinsichtlich der Gesundheitsversorgung in Gefängnissen und der Untätigkeit der Regierung zu äußern.

Die Regierung verweigert ein Treffen

Trotz dieser zunehmenden Forderungen hat die britische Regierung erklärt, dass keine Pläne für ein Treffen von Ministern mit Vertretern der Hungerstreikenden bestehen. „Ich bin mir ganz sicher, dass ich keinen Gefangenen anders behandle als andere, und deshalb werden wir uns auch nicht mit Gefangenen oder deren Vertretern treffen, denn wir haben ein Justizsystem, das auf der Gewaltenteilung basiert, und die Unabhängigkeit der Justiz ist der Grundpfeiler unseres Systems“, erklärte James Timpson Obe, Minister für Strafvollzug, gegenüber ITV News.

Palestine Action wurde im Juli auf Grundlage des Terrorism Act verboten, nachdem Mitglieder der Gruppe eine Basis der Royal Air Force betreten und auf zwei Flugzeuge Sprühfarbe

gesprayt hatten, wodurch laut Polizei ein Schaden in Höhe von 7 Millionen Pfund (9,44 Millionen Dollar) entstanden sein soll. Seit dem Verbot wurden Hunderte von pro-palästinensischen Aktivisten in ganz Großbritannien festgenommen.

Kritik an Thunbergs Verhaftung

In einem Kommentar zu dem Video von Thunbergs Verhaftung warf die UN-Sonderbericht-erstatteerin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, der britischen Regierung vor, den israelischen Völkermord in Gaza zu vertuschen.

„An die britische Regierung: Je mehr Menschen Sie verhaften, um den israelischen Völkermord schändlich zu vertuschen, desto mehr anständige Menschen werden sich im Namen der Menschenrechte gegen Sie erheben“, schrieb Albanese. „Letztendlich werden wir alle dafür sorgen, dass die Führer, die sich am israelischen Völkermord mitschuldig gemacht haben, vor Gericht gestellt werden.“

Der Vorsitzende der Grünen, Zack Polanski, sprach sich ebenfalls gegen die Verhaftung aus und sagte, Thunberg sei „wegen des Hochhaltens eines Schildes gegen Völkermord“ verhaftet worden, berichtete *Anadolu*. „Wenn friedlicher Protest ein Verbrechen ist, steckt die Demokratie in großen Schwierigkeiten. Und das unter einer Labour-Regierung“, sagte Polanski.

Richard Burdon, Abgeordneter der Labour-Partei, bezeichnete die Verhaftung als „völlig lächerlich“ und fügte hinzu, dies sei ein weiteres Beispiel dafür, warum er im Parlament gegen das Verbot von *Palestine Action* gestimmt habe.

„Bürgerrechte bewusst ausgehöhlt“

Zarah Sultana von der neuen Partei *Your Party* sagte, Thunberg sei verhaftet worden, „weil sie sich solidarisch mit palästinensischen Hungerstreikenden gezeigt habe“. Sultana kritisierte, dass Rentner „unter Berufung auf das Terrorismusgesetz angeklagt werden, weil sie Plakate gegen Völkermord hochhalten“, und dass politischen Gefangenen „ein ordentliches Verfahren verweigert wird“.

„Eine gewaltfreie Gruppe, die direkte Aktionen unternimmt, wurde zum ersten Mal in der britischen Geschichte verboten. Geschworenengerichte wurden abgeschafft. Arabische Wörter wurden unter Strafe gestellt. Richter wurden von der Regierung handverlesen, um gerichtliche Überprüfungen zu überwachen. So sieht die Unterdrückung der Bewegung für die Befreiung Palästinas unter einer Labour-Regierung aus“, betonte sie.

Sultana fügte hinzu: „Manche mögen sich immer noch nicht um den Völkermord am palästinensischen Volk kümmern – oder um die Rolle, die Keir Starmer's Labour-Regierung dabei gespielt hat, indem sie Waffenverkäufe, Überwachung durch die Armee und diplomatische

Deckung ermöglicht hat. Aber jeder sollte sich darum kümmern, dass unsere Demokratie systematisch ausgehöhlt wird.“

Die Abgeordnete betonte, dass „hart erkämpfte Rechte und bürgerliche Freiheiten bewusst abgeschafft werden – nicht im Namen der öffentlichen Sicherheit, sondern um einen völkermörderischen Apartheidstaat und die Gewinnmargen der Waffenhersteller zu schützen. Das werden wir nicht länger hinnehmen.“

Anwaltsschreiben an Lammy

Die Hungerstreikenden fordern die sofortige Freilassung gegen Kautions, ein Ende der von ihnen als Zensur bezeichneten Überwachung ihrer Kommunikation, das Recht auf ein faires Verfahren, die Aufhebung des Verbots von *Palestine Action* und die Schließung von Elbit Systems in Großbritannien.

Elbit, ein im Staat Israel ansässiges Rüstungsunternehmen, produziert den Großteil der israelischen Drohnenflotte, der landgestützten Militärausrüstung und betreibt mehrere Fabriken in Großbritannien. Am Montag schickten die Anwälte der Hungerstreikenden ein juristisches Schreiben an Justizminister David Lammy, in dem sie warnten, dass sich der Gesundheitszustand der Aktivisten „weiter verschlechtert, sodass das Risiko ihres Todes von Tag zu Tag steigt“.

Es wurde um ein dringendes Treffen mit Lammy gebeten, um „die Verschlechterung“ des Gesundheitszustands der Aktivisten zu besprechen und „Lösungsansätze für die Situation zu erörtern“. Eine Antwort wurde innerhalb von 24 Stunden verlangt.

Elbit ist auch in Deutschland präsent und der deutsche Staat verfolgt Aktionen gegen dessen Beteiligung am Genozid mit großer Härte (Ergänzung Pako) Auch in der Bundesrepublik u.a. in Ulm unterhält der Hauptwaffenlieferant der israelischen Armee *Elbit Systems* zwei Niederlassungen. Anfang September unternahmen 5 Aktivisten dort eine gewaltfreie Aktion mit unverdeckten Gesichtern, während sie sich selbst filmten. Sie wollten damit einen Beitrag zum Stopp des Völkermords in Gaza leisten. Die fünf Aktivisten befinden sich seither, also seit fast 5 Monaten, in verschiedenen Gefängnissen in Baden-Württemberg in Untersuchungshaft. Über die teils entwürdigenden Haftbedingungen hat *The Left Berlin* einen Artikel auf Englisch veröffentlicht, den Jakob Reimann für *etos.media* (Freiheitsliebe) ins Deutsche übersetzte. Wie wir vom Pako im November-Infobl@tt 2025 dokumentiert auch *etos.media* teilweise die Pressemitteilung der Anwälte der 5 Aktivisten (*Ulm5*), in der die Verteidiger die überfälligen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen einer möglichen Beteiligung von Elbit Systems Deutschland GmbH an Kriegsverbrechen in Gaza einfordern.

Auf Deutsch findet sich der Artikel über die Ulm5 und deren Situation im Gefängnis unter <https://etosmedia.de/politik/deutschland-vs-ulm-5-repression-im-namen-der-staatsraeson/>

Die vollständige Pressemitteilung der Anwälte unter

<https://ulm5.info/de/blog/2025/11/26/verteidigung-der-ulm5-fordert-ermittlungen-der-el-bit-systems>

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/thunberg-detained-at-protest-in-support-of-palestine-action-hunger-strikers/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de